

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderätin Silvia Janoch (ÖVP) zu Post Nr. 7 der Tagesordnung für den Gemeinderat am 23.03.2023.

Reform der Summer City Camps

In Wien leben rund 157.800 Kinder zwischen 6 und 15 Jahren und Eltern stehen in den Sommerferien vor der Herausforderung, eine gute Betreuung sicher zu stellen. Es gibt zwar in Wien grundsätzlich eine breite Palette an privaten wie öffentlichen Ferienbetreuungsangeboten, doch sind diese für Familien häufig finanziell nicht leistbar. Das gilt insbesondere für Mehrkindfamilien. Die Stadt Wien steht in der Verantwortung, Familien zu entlasten und bei der Ferienbetreuung zu unterstützen.

Mit einem Förderbetrag von insgesamt rund 11 Millionen Euro schafft die Stadt Wien im Rahmen der Summer City Camps in Kooperation mit sieben Vereinen 30.000 Ferienbetreuungsplätze. Unter Einberechnung des Elternbeitrages von 60 Euro / Woche kommt man auf Gesamtkosten von über 425 Euro pro Kinderbetreuungsplatz pro Woche. Damit befindet man sich hinsichtlich der Kosten im vergleichswisen hochpreisigen Segment. Eltern können ihre Kinder online anmelden. Es gilt das first come / first serve Prinzip.

Neu ist im Vergleich zum Vorjahr, dass nunmehr ohne sachlicher Begründung Kinder eines bestimmten Schultyps bei der Anmeldung bevorzugt werden. Die Anmeldung verläuft diesmal in zwei Phasen, wobei an der ersten Phase ausschließlich Kinder aus öffentlichen ganztägig geführten Volksschule teilnehmen dürfen. Die übrigen Kinder müssen sich mit den übrigen verbliebenen Plätzen begnügen. Das ist eine klare Diskriminierung einer großen Zahl an in Wien lebenden Familien!

Grundsätzlich hat die Stadt Wien den Bedarf an geförderter Kinderbetreuung richtig erkannt, wählt aber das falsche Modell und scheitert an der Umsetzung.

Wien entmündigt die Eltern.

Plakativ gesagt gibt es zwei Möglichkeiten, die Ferienbetreuung finanziell zu

unterstützen. Entweder man vertraut Familien und unterstützt diese direkt z.B. mittels Gutscheine, sodass sie selber aus dem reichhaltigen Ferienbetreuungsangebot öffentlicher wie privater Initiativen wählen. Oder aber man traut den Eltern diese Entscheidung nicht zu und fördert einige wenige ausgesuchte Anbieter, deren Auswahl intransparent und ohne vorherige Ausschreibung erfolgt.

Wien verringert das Angebot.

Wettbewerbsverzerrung führt über kurz oder lang zu insgesamt weniger Angebot. Wegen der großzügigen Förderung durch die Stadt Wien, können die sieben Anbieter der Vienna Summer City Camps ihr Angebot um unschlagbare 60 EUR pro Kind und Woche anbieten. Für Geschwisterkinder sind jeweils nur 30 EUR zu bezahlen und ab dem vierten Kind ist die Betreuung sogar kostenlos. Tatsächlich kostet ein Betreuungsplatz durchschnittlich über 425 EUR, davon rd. 370 EUR Steuergeld. Die privaten, nicht geförderten Anbieter von Ferienbetreuung können, obwohl ihr Angebot nicht selten günstiger und besser ist, nicht konkurrieren. Ihr Geschäftsmodell rechnet sich nicht mehr und nicht wenige werden mittelfristig ihre Tätigkeit einstellen müssen. Das Ergebnis ist, dass trotz hoher Förderungen sich das Angebot von Ferienbetreuung verknappt.

Wien lässt Familien keine Wahl.

Es ist wenig überraschend, dass die SPÖ bei Problemlösungen auf staatliche Lenkung setzt, anstatt auf Privatinitiative und Wettbewerb. Dass die Neos aber sogar im eigenen Bildungsressort nicht in der Lage sind, davon abzugehen, ist leider auch nicht mehr verwunderlich. Da nur einige wenige Anbieter die Vienna Summer City Camps für 60 EUR pro Kind und Woche betreiben, haben vor allem finanzschwache Familien keine andere Wahl, als dieses Angebot anzunehmen. Das erinnert an die zwangsweise Umstellung auf verschränkte kostenlose Ganztagschulen. Das alternative weiterhin kostenpflichtige Angebot von Nachmittagsbetreuung im Hort ist somit für viele finanziell nicht attraktiv und geht zurück. Würde man hingegen direkt die Eltern mit einem Gutschein von rd. 370 EUR pro Kind fördern, was dem gleichen Betrag entspricht, der durchschnittlich pro Betreuungsplatz gefördert wird, könnten die Familien diesen bei einem Ferienbetreuungsanbieter ihrer Wahl einlösen. Es läge in ihrer Hand, welches pädagogische Konzept sie wählen, wann und wo die Betreuung stattfindet und ob der Betreiber eine weltanschauliche Ausrichtung hat oder nicht. Sie könnten das Preis-Leistungsverhältnis vergleichen und womöglich für ihren Gutschein mehr als nur eine Woche Kinderbetreuung erhalten. Kurz gesagt: Eltern, die das Beste für ihre Kinder wollen, werden das beste Angebot wählen. Die besten Anbieter werden sich durchsetzen, weil sie in einer gesunden Konkurrenz zueinanderstehen. Anbieter, die wegen einer direkten Förderung einen klaren Wettbewerbsvorteil haben, stehen nicht unter dem Druck, ihr Angebot zu verbessern.

Wien ist unflexibel.

Die Anmeldung zu den Summer City Camps erfolgte im Jahr 2022 am 20. April online. Es galt das first come – first serve Prinzip. Das führte dazu, dass verzweifelte Eltern den Moment des Anmeldestarts um 9 Uhr vor dem Computer abwarteten

und zu Tausenden gleichzeitig versuchten ihre Kinder anzumelden. Das System stürzte, so wie bereits in den Vorjahren, ab. Eltern mussten über mehrere Browser und über Stunden hinweg versuchen, die Anmeldungen abzuschließen. Da die verfügbaren Plätze innerhalb kürzester Zeit ausgebucht waren, mussten Eltern sehr rasch die Anmeldungen für ihre Kinder durchzuführen. Wenn das Wunschangebot ausgebucht war, musste eine Alternative gefunden werden, in einer anderen Woche und oder an einem anderen Ort. So etwas braucht aber sorgfältige Planung, vor allem, wenn man mehrere Kinder hat. Wie viel leichter wäre es, wenn Eltern die Förderung direkt über Gutscheine erhalten würden und diese in einem nicht künstlich verknüpften Markt in Ruhe und nach reiflicher Überlegung einlösen könnten.

Wien diskriminiert Wiener Kinder

Der Anmeldemodus wird im Jahr 2023 aus einer 2-Phasenbuchung bestehen. Die erste Phase der Buchung startet am 20. April 2023 und steht ausschließlich Kindern offen, die eine öffentliche ganztägig geführte Volksschule besuchen. Erst ab 4. Mai können Plätze für die übrigen Kinder gebucht werden. Hierbei handelt es sich um eine eklatante Diskriminierung von Kindern, die nicht den von SPÖ/NEOS gewünschten Schultyp besuchen.

Familien brauchen Unterstützung bei der Sommerferienbetreuung ihrer Kinder. Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips sind sie für die Betreuung ihrer Kinder verantwortlich, weshalb die Unterstützung auch bei ihnen ansetzen soll. Nicht die Stadt soll mittels ausgewählter Betreiber, die zu einem Großteil in einem Naheverhältnis mit der SPÖ stehen, ein eigenes Angebot schaffen und somit das Gesamtangebot künstlich verknappen, sondern die Familien sollen aus dem bestehenden Angebot frei wählen. Deshalb schlagen wir eine Reform der Summer City Camps vor.

Die gefertigte Gemeinderätin stellt daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat fordert den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz auf, die Summer City Camps nach folgendem Modell zu reformieren:

Es ist auf ein Gutscheinmodell umzusteigen. Das bisherige Gesamtbudget soll beibehalten werden, wobei laufend evaluiert werden muss, ob dieses Angebot ausreichend ist. Anstatt einzelne Betreuungsanbieter zu fördern, sollen Familien einen Gutschein von 250 EUR pro Kind erwerben können. Wie bisher ist hierfür ein Selbstbetrag von 50 Euro zu leisten. Diesen Gutschein sollen Familien im Sommer bei einer Wiener Ferienbetreuungseinrichtung ihrer Wahl einlösen können. Sollte das Angebot günstiger sein, soll der Restbetrag für weitere Betreuungsdienste eingelöst werden können. Somit werden wesentlich mehr als die ursprünglichen 30.000 Betreuungsplätze gefördert.

Vom first come – first serve Prinzip muss abgegangen werden, da es Personen

ohne Bürojob benachteiligt. Die Anmeldung soll über mehrere Tage hinweg erfolgen können. Die tatsächliche Zuteilung der Gutscheine erfolgt nach dem Zufallsprinzip. Die Diskriminierung von Kindern, die nicht den gewünschten Schultyp besuchen, ist zu beenden.

Alle Ferienbetreuungsanbieter in Wien sollen die Möglichkeit haben, ihre Angebote in eine öffentlich einsehbare Liste eintragen zu können. Bei allen eingetragenen Projekten sollen die Gutscheine eingelöst werden können.

Der gesamte Prozess soll digital abgewickelt werden können.

In formeller Hinsicht beantragen wir die Zuweisung an den oben genannten Gemeinderatsausschuss. In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung. In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

Wien, 23.03.2023

